



Menschen und Betriebe entlasten

04.02.2022 10:48

Von FDP Freibrief <freibrief@fdp.de>

An ulrich.priesmeier@t-online.de <ulrich.priesmeier@t-online.de>

[Hier klicken für die Web-Version](#)



Liebe Gabriele Priesmeier,

hohe Energiepreise belasten viele Haushalte und Betriebe. Daher möchten wir Freie Demokraten die EEG-Umlage für Ökostrom **schnellstmöglich abschaffen**.

Viele FDP-Abgeordnete haben sich in die sogenannte **Orientierungsdebatte** zur Impfpflicht im Bundestag eingebracht. Bei dieser medizinisch-ethischen Entscheidung unterliegen die Abgeordneten keiner Fraktionsdisziplin.

Wir Freie Demokraten haben die aktuelle Debatte um **Öffnungsschritte** in der Corona-Pandemie maßgeblich angestoßen. Noch ist die Pandemie nicht vorbei, doch wir müssen bereits jetzt eine vorausschauende Öffnungsstrategie erarbeiten, die Freiheitseinschränkungen baldmöglichst zurücknimmt und gleichzeitig die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems im Blick behält.

THEME
N

MELDUNGE
N

STELLENAUSSCHREIBUN
GEN

TERMIN
E



Menschen und Betriebe entlasten

Angesichts der hohen Inflationsrate hält der FDP-Vorsitzende und Bundesminister der Finanzen, Christian Lindner, eine vorgezogene Abschaffung der EEG-Umlage für nötig. Viele Bürgerinnen, Bürger und Firmen leiden insbesondere unter den drastisch gestiegenen Energiepreisen. „Wenn die Koalition sich darauf verständigt, dann würde ich es finanziell möglich machen, dass die EEG-Umlage zur Jahresmitte entfällt“, kündigte Lindner im Interview mit dem Spiegel an. Das wäre eine Milliardenentlastung für Familien, die Rentnerin, den Empfänger von BAföG oder Grundsicherung sowie Mittelstand und Handwerk. Die Abschaffung der EEG-Umlage ist seit Langem ein Anliegen der Freien Demokraten.

► Mehr

Orientierungsdebatte zur Impfpflicht



In der sogenannten Orientierungsdebatte zur Impfpflicht diskutierten Abgeordnete im Bundestag offen und frei in der Sache ohne Fraktionsdisziplin. Das bedeutet auch, dass sich Abgeordnete fraktionsübergreifend zusammenfinden und konkrete Gruppenanträge erarbeiten. Verschiedene Optionen liegen auf dem Tisch: Keine Impfpflicht, eine Impfpflicht ab 18 Jahren oder ein anderes Impfschema, zum Beispiel differenziert nach bestimmten Altersgruppen oder Vorerkrankungen.

Der designierte FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai begrüßt den offenen Austausch: „Ich finde es gut, dass im Deutschen Bundestag eine Debatte ohne Fraktionsdisziplin stattfindet, denn die Debatte um die allgemeine Impfpflicht ist keine parteipolitische, sondern eine medizinisch-ethische.“

Seitens der FDP haben Wolfgang Kubicki, Prof. Dr. Andrew Ullmann, Katrin Helling-Plahr, Linda Teuteberg und Konstantin Kuhle Beiträge in die Orientierungsdebatte eingebracht. [Hier](#) finden Sie ihre Reden.

Der FDP-Abgeordnete Dr. Marco Buschmann plädierte dafür, vor einer Entscheidung über eine allgemeine Impfpflicht zunächst alle milderer Alternativen zu prüfen. Es sei auch denkbar, dass sich die Frage durch wirksame Medikamente erledige.

**Öffnungsperspektiven
sind nötig und möglich**

2

3

Die FDP hat eine Diskussion um mögliche Öffnungsperspektiven in der Corona-Pandemie angestoßen. Der designierte FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai begründet dies: „Anders als es zu befürchten war, sehen wir glücklicherweise trotz steigender Infektionszahlen keine Zunahme schwerwiegender Krankheitsverläufe.“ Er halte es daher für ausgesprochen wichtig, dass in der derzeitigen Situation ein starkes positives Zeichen an die Menschen gesendet und schon jetzt begonnen wird, intensiv und verantwortungsvoll über mögliche Öffnungsperspektiven zu sprechen. Derzeit gehen Experten davon aus, dass Mitte Februar der Höchststand der Infektionszahlen erreicht sein könnte. Djir-Sarai betonte, es wäre zu spät, erst dann die Diskussion über mögliche Öffnungsperspektiven zu beginnen. Eine klare Exit-Strategie müsse zu diesem Zeitpunkt bereits vorliegen, wenn weiterhin keine Überlastung des Gesundheitssystems drohe.

Auch FDP-Chef Christian Lindner betonte, dass die ansteckende Omikron-Variante eine Herausforderung darstelle: „Es geht nicht darum, dass jetzt alle Maßnahmen fallen.“ Aber eine verlässliche Planung sei notwendig, etwa für den kulturellen Bereich oder die Veranstaltungsbranche. Lindner verweist auf die bundesweite Abschaffung der 2G-Regel im Einzelhandel, die zuletzt Schleswig-Holstein, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern angekündigt und weitere Bundesländer aufgrund von Gerichtsbeschlüssen bereits umgesetzt haben. Die Regel richte wirtschaftlichen Schaden an, ohne dass sie einen wirksamen Beitrag zur Pandemiebekämpfung leiste. „Und deshalb ist 2G im Handel nicht erforderlich, die Maske ist es schon.“

Minijob-Grenze steigt auf 520 Euro



Lange haben die Freien Demokraten es gefordert, nun wird es Realität: Die Verdienst-Obergrenze für Minijobs soll zum 1. Oktober 2022 von 450 auf 520 Euro im Monat steigen. So müssen Menschen mit Minijob bei steigendem

Mindestlohn nicht mehr ihre Stunden reduzieren, sondern haben am Monatsende spürbar mehr Geld auf dem Konto. „Wir erhöhen und dynamisieren die Minijob-Grenze auf 520 Euro, damit Schülerinnen, Studenten und Rentnerinnen mehr Geld verdienen können. Das ist ein Gebot der Fairness!“, kommentiert Präsidiumsmitglied Johannes Vogel das Ergebnis aus den Koalitionsverhandlungen. Die Reform soll zeitgleich mit der Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro wirksam werden.

- [Weiterlesen](#)



Fortschrittsprogramm für NRW beschlossen

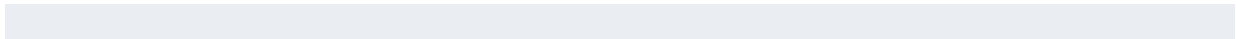


Die FDP NRW hat auf einem digitalen Landesparteitag das Wahlprogramm für die Landtagswahl im Mai beschlossen. Der Landesvorsitzende und stellvertretende Ministerpräsident Dr. Joachim Stamp machte dabei in

seiner Rede klar: „Am 15. Mai wollen wir so stark sein, dass aus der Mitte des Parlaments keine Mehrheit ohne die FDP gebildet werden kann. Wir wollen weiter Regierungsverantwortung in NRW tragen!“

Aufstiegschancen sind dabei ein zentrales Anliegen der Freien Demokraten, wie Stamp betonte: „Weder der Geldbeutel der Eltern noch der Geburtsort, der Name oder die Postleitzahl dürfen darüber entscheiden, wie die Chancen von Kindern und Jugendlichen sind – entscheiden müssen Talent und Fleiß!“ Dafür sollen z. B. weitere 1.000 Talentschulen im Land sowie 100.000 Schülerstipendien in Verbindung mit Talentscouting an jeder Schule sorgen. Die Gründerkultur stärken, bezahlbaren Wohnraum schaffen und Verwaltungsservices digitalisieren sind ebenfalls Schwerpunkte des Wahlprogramms.

- [Landtagswahl-Programm der FDP NRW](#)



Liberaler Hochschulgruppen wählen neuen Bundesvorstand



Der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen hat Benjamin Kurtz als neuen

Bundesvorsitzenden gewählt. Der Tübinger Ökonomie-Student

engagierte sich zuvor als Schatzmeister

der Liberalen Hochschulgruppen. Er folgt auf Tabea Gandelheidt, die sich nach drei Jahren im Bundesvorstand, zwei davon als Vorsitzende, aus der Hochschulpolitik verabschiedete. Kurtz freut sich über zwei neu gegründete Ortsverbände: „Unsere wichtigste Arbeit wird vor Ort gemacht. Deshalb müssen wir die Vernetzung und den Austausch der Ortsgruppen stärken. Nur so können wir uns gemeinsam an vielen Standorten für das einsetzen, was uns wichtig ist: Forschungsfreiheit. Meinungsfreiheit an Hochschulen. Freiheit der Entfaltung Studierender.“

Den Liberalen Hochschulgruppen folgen:

- [Instagram](#)
- [Twitter](#)
- [Facebook](#)

Bundesparteitag: Satzungsänderungen



Die fristgerecht eingegangenen Satzungsänderungsanträge zum 73. ordentlichen Bundesparteitag finden Sie [hier](#). Zu diesen können nun Änderungsanträge gestellt werden – auch als Basisantrag von 250

Mitgliedern nach § 11 Abs. 1 Nr. 16 BGO.

Die Änderungsanträge zu den Satzungsänderungsanträgen sind bis 7. März 2022, 24 Uhr, bei der Bundesgeschäftsstelle einzureichen: entweder direkt in [OpenSlides](#) oder – im Fall eines Basisantrags – per E-Mail an: antraege@bundesparteitag.de.

Veranstaltungstipp: 4. Hans van Baalen Town Hall Meeting



Wie soll unsere europäische Zukunft aussehen? Wie kann die EU eine globale Führungsrolle übernehmen, ihre Interessen durchsetzen und ihre Werte schützen? Wie gelingt es der EU, mit ihren Bürgerinnen und Bürgern in

Kontakt zu bleiben? Darüber diskutieren u. a. FDP-Präsidiumsmitglieder Nicola Beer und Bundesvorstandsmitglied Alexander Graf Lambsdorff im Rahmen des Prozesses „Konferenz zur Zukunft Europas“. Ziel der Konferenz ist eine Reform der EU und ihrer Institutionen, bei der auch Bürgerinnen und Bürger ihre Vorstellungen einbringen können.

Die Online-Veranstaltung findet am 9. Februar in englischer Sprache statt.

- [Registrieren Sie sich jetzt!](#)

Der FDP-Landesverband Brandenburg sucht:

- Landesgeschäftsführer (w/m/d)

Der FDP-Landesverband Hamburg sucht:

- Büroassistent (w/m/d)

Der FDP-Landesverband Hessen sucht:

- Referent für Grundsatzfragen sowie die Koordination von Landes- und Bundespolitik (w/m/d)
- Referent Social Media und Öffentlichkeitsarbeit (w/m/d)

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sucht:

- Servicekraft / Restaurantfachkraft (w/m/d)
- Leiter/-in Personalabteilung, Personalleitung (w/m/d)
- Programmreferent/-in Baden-Württemberg (w/m/d)

Stellenausschreibungen der FDP-Bundestagsfraktion finden Sie hier.

Termine

- 4. Hans van Baalen Town Hall Meeting 📅 09.02.2022
- Wahl des Bundespräsidenten 📅 13.02.2022
- Politischer Aschermittwoch mit Christian Lindner, Angelika Hießerich-Peter und Oliver Luksic 📅 02.03.2022 | Dillingen/Saar
- Saarland: Dezentrales Aktionswochenende 📅 12.03.2022
- 76. ord. Landesparteitag der FDP Rheinland-Pfalz 📅 05.03.2022
- Saarland: Dezentrales Aktionswochenende mit zentraler Abschlussveranstaltung mit Christian Lindner 📅 25.03.2022 | Saarbrücken
- Landesparteitag der FDP Niedersachsen 📅 26.03.2022
- Landtagswahl 2022 im Saarland 📅 27.03.2022

Impressum

Redaktion: Hans-Dietrich-Genscher-Haus, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin,
Tel.: 030 284958-0, E-Mail: freibrief@fdp.de, Internet: www.fdp.de

Verantwortlich: Michael Zimmermann, Bundesgeschäftsführer

Wenn Sie diesen Service nicht mehr nutzen wollen, können Sie ihn hier
wieder [abbestellen](#).